

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nach 6 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und dem Kassabehälter 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. Inland. Ausland 3,50 Mk. Einzelnummern 10 Pf. Einzelnummern 10 Pf. Inland, 15 Pf. Ausland. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der Nachrichten übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Jeder Abonnent ist verpflichtet, die Richtigkeit der Nachrichten zu bestätigen. — Rücksendung eingekaufener Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Nr. 18. 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag den 22. Januar 1925

Luthers Programm.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter erhalten wir folgende Betrachtung über die Erklärung der neuen Regierung vor dem Reichstag:

Die Erklärung von Montagabend, mit der die neue Regierung vor den Reichstag trat, wird dadurch charakterisiert, daß sie sich der großen Worte, hinter denen sich ja leider angefangen unserer Lage ein Räunen nur in beschränktem Maße abspielen kann, ebenso enthält wie der großen Verheißungen. Aber im Rahmen jener Lage will doch Luther tun, was ihm nur möglich ist; wenn er auch nur das erste Versprechen erfüllen wird — und das wäre ihm durchaus möglich — nämlich die Zielregiererei, also die immer härter werdende Bürokratisierung des ganzen öffentlichen Lebens einzuschränken und auf das unumgänglich notwendige Maß zurückzuführen, so wäre das ein Tun, des Schweißes der Edlen wert. Und darin dürfte er auch die Unterstützung aller finden, nicht nur jener Parteien, auf die er sich parlamentarisch stützt.

Nun sind zum ersten Male seit der Revolution Deutschnationale auf der Ministerbank erschienen; deutschnational ist vor allem der Reichsinnenminister Schiele. Dabei in der Erklärung die scharfe Betonung, daß die rechtliche Grundlage der Reichsregierung die Weimarer Verfassung ist. Diese wird also von den Deutschnationalen auch in diesem Zusammenhange anerkannt. Deutschnationalen Einfluß aber scheinen die Ausführungen zu offenbaren, in denen auf die Notwendigkeit der Abschaffung dieser Verfassung hingewiesen wurde. Schließlich ist ja auch die Verfassung nicht etwas Starres, Unveränderliches, sondern kann sich den Verhältnissen anpassen, deren rechtliche Formulierung sie darstellt. Besonders scheint allzu scharfer Formalismus die Zwifligkeiten verursacht zu haben, die sich im Verhältnis des Reichs zu den Ländern gezeigt haben. Das alles soll weicher, nachgiebiger gestaltet werden. Eine andere Frage, die in den innenpolitischen Kämpfen um die Regierung eine besondere Rolle gespielt hat, ist durch die Regierungserklärung gleichfalls endgültig aus der Welt geschafft. Das ist die Stellung der Deutschnationalen zur Außenpolitik. An der Spitze seiner Ausführungen hierüber legte der Kanzler das Wort, daß die Richtung unserer Außenpolitik im einzelnen auch für die neue Regierung durch die Londoner Abmachungen bestimmt sei. Damit ist die vielumstrittene Formulierung gesunden, wonach man auch die Londoner Abmachungen nur zum Ausmaß zu tun ist, um unser außenpolitisches Handeln zu machen und sich nicht mehr der Auffassung verschließen will, daß etwa ein Versprechen, eine bestimmte Außenpolitik fortzusetzen, unmöglich ist, weil die Außenpolitik mehr noch wie die Innenpolitik täglich vor neuen Möglichkeiten, Ausfällen, Schwierigkeiten und deshalb Richtungsänderungen steht. Das ändert nichts daran, daß man sich über den Ausgangspunkt einigen kann, an dem doch nichts mehr zu ändern ist.

Innenpolitisch von erheblicher Bedeutung sind die Ausführungen des Kanzlers über seine wirtschaftlichen und sozialpolitischen Absichten. Er verknüpft das Wirtschaftliche mit dem Sozialpolitischen auf engste und es mag für allzu große Optimisten unangenehm sein, daß er an die meisten der sozialpolitischen Pläne das Wort knüpft, besser gesagt die Einschränkung: So weit das wirtschaftlich möglich ist. Das gilt auch für die Fragen in der Wohnungswirtschaft, besonders aber der Auswertung, für die er in kürzester Frist gesetzliche Vorschläge verheißt. Gerade die Aufwerfung der Frage behandelt er aus durchsichtigen Gründen recht kurz; diese besonders heiß umstrittene Frage war ja einer der Heißspitze, an denen das Schiff seiner Regierungsbildung wiederholt zu scheitern drohte.

Zum Schluß erfolgte dann aber eine Erklärung ganz besonders bedeutungsvoller Art, bei der nun dieses Kabinett, das man ja als ein Rechtsministerium bezeichnet hat, vielleicht auf die letzten Ziele und Grundlagen seines Seins hinweist. Nicht die wirtschaftlichen, sozialen und steuerlichen Maßnahmen können für sich allein den Wiederaufstieg Deutschlands herbeiführen, vielmehr es soll die auf christlicher Grundlage erwachsene Kultur vertieft und ihre Güter in möglichstem Umfange auch den Nichtchristlichen zugänglich gemacht werden. Es ist die Idee des christlichen Staates, die hier spricht. Die Erklärung spricht aus, daß der Staat auf dem Boden einer zweitausendjährigen christlichen Geschichte steht und dort seine Wurzeln hat. Die Geschichte kennt keinen Bruch und die Kräfte, die aneinander verschwunden schienen, führen nur vielleicht unter der Oberfläche verborgen ein stilles Dasein. Aber sie haben gelebt und werden immer leben. Der Staatsmann kann diese Kräfte, die neben den neuheranwachsenden stehen, nicht verleugnen und muß sie seinem Streben dienstbar machen.

Erfolg für Branding?
Stockholm, 20. Januar. In der gestrigen Reichstags-Sitzung erklärte Finanzminister Thorsell, nach der Ansicht der Ärzte habe Branding noch längere Zeit eine völlige Arbeitsruhe nötig. Die Presse ist der Ansicht, daß Branding's Pocken bald neu bekräftigt werden wird.

Reichsregierung und Parteien

Deutscher Reichstag. (9. Sitzung.) OB. Berlin, 20. Januar.

Auf der Tagesordnung des gutbesetzten Hauses steht die Besprechung der Erklärung der Reichsregierung in Verbindung mit der ersten Beratung des Reichshaushaltsplanes für 1924 und 1925. Von kommunistischer Seite ist inzwischen ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung eingebracht worden. Zur

Besprechung der Regierungserklärung

nimmt als erster Redner das Wort der sozialdemokratische Abg. Dr. Breitscheid. Er vergleicht den Reichskanzler mit dem schillernden Mädelchen aus der Fremde, das jedem eine Gabe austeilte oder sie wenigstens versprach. Das Regierungsprogramm biete an sich wenig Angriffspunkte, aber man könne es nicht betrachten losgelöst von den Persönlichkeiten, für die die Erklärung abgegeben worden sei. Ein solches Programm der mittleren Linie hätte auch der frühere Reichskanzler Dr. Marx verkünden können. Das jetzige Kabinett sei entstanden aus dem Streben der Volkspartei nach dem Zerstoß der Großen Koalition, geknüpft habe mit einer Konsequenz, die sonst nicht seine härteste Seite sei (Weiterleit). Die Demokraten hätten mit unerwarteter Konsequenz den Bürgerblock abgelehnt, während die Politik des Zentrums sich in der letzten Zeit nicht gerade durch Geradlinigkeit, sondern nur durch Duldbarkeit auszeichnet habe. Es sei keine Tugend, wenn eine republikanische Partei duldsam sei gegen eine Regierung, in der zweifelhaft Republikaner neben zweifelhaften Monarchisten säßen. Er frage den Außenminister, ob es richtig sei, daß ein Kompromiß in der Räumungsfrage vorgeschlagen worden sei. Er frage auch, ob man nicht durch Verhandlungen etwas erreichen könne. Der Entente sei tatsächlich ein Vorwand für ihr vertragbrüchiges Vorgehen geliefert worden durch den sinnlichen Ungehörigen, der mit den Helfershelfern bei der Reichswehr getrieben worden sei. Das hätte der Reichswehrminister nicht erlauben dürfen.

Zwischenfall und Ordnungsrufe.
An dieser Stelle entstand Lärm und Unruhe auf der rechten Seite des Hauses. Der Nationalsozialist Henning rief dem Redner zu: „Kriegen Sie diese Rede von Frankreich bezahlt?“ Der Abg. Breitscheid rief erregt dem Abg. Henning zu: „Sie Lump.“ Viele sozialistische Abgeordnete riefen unter großer Erregung des Hauses Henning dasselbe zu. Auf eine Frage des Präsidenten Löbe bekannte sich der Abg. Henning zu seiner Frage. Er erhielt dafür einen Ordnungsruf. Auf sein Verlangen wurde auch der Abg. Dr. Breitscheid zur Ordnung gerufen. Dr. Breitscheid warnte weiter dringend vor einem

Kollisionsfall mit Frankreich.
Ein solcher würde das Kabinett Herriot gefährden. Hier rief Abg. Henning wieder: „Jetzt spricht er schon wieder für Frankreich.“ Breitscheid erwiderte, aus diesen Worten spreche ein solches völliger Mangel an Intelligenz. Der Redner wäre freilich ein Kabinett Poincaré lieber als ein Kabinett Herriot. Seine Freunde, fuhr der Redner fort, wünschten volle Aufklärung und Verfolgung der

Jüngsten Finanzstande.
Der große Apparat aber, der im Falle Barmat ausgebaut worden sei in Verbindung mit einer eigenartigen Information der Presse, erwecke den Anschein, als wolle man hiermit die Republik kompromittieren, wie man in dem ganz unmöglichen Wagedrucker Urteil des Reichspräsidenten herabsagen wollte. Dr. Ullrich verlangte von der Sozialdemokratie, daß man ihm glauben solle, das Kabinett wolle für die Hebung der Kaufkraft der breiten Massen wirken. Man kann so etwas von den Männern dieser Regierung nicht erwarten. Herr von Schlieben, der jetzt Finanzminister sei, habe vor einem Jahre als Staatssekretär den Reichsarbeitsminister aufgefodert, auf die Schlichter im Sinne einer Herabsetzung der Löhne einzuwirken. Hier rief der Reichskanzler Dr. Luther dazwischen, daß sei ein Teil der Maßnahmen zur Sicherung der Währung gewesen. Als Dr. Breitscheid noch sagt, das Kabinett Luther bilde eine Etappe zur früheren Staatsform, bricht großer Lärm in der Mitte und auf der Linken aus. Von rechts ertönt ein Ruf: „Gott sei Dank.“ Breitscheid antwortet: Nicht hat den Charakter dieses Kabinetts Luther besser charakterisiert als dieser Zwischenruf. Die Mitte und die Linke klatschen in die Hände. Der Redner schloß, seine Partei könne zu diesem Kabinett, in dem auch Dr. Geßler, der Wehrminister, von Ewigkeit zu Ewigkeit sitze, kein Vertrauen haben, daß es die in der gestrigen Kanzlererklärung gegebenen Versprechen einlöse.

Mißtrauens- und Billigungsanträge.
Abg. Thomas (Komm.) bringt für seine Partei einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Luther ein und kündigt diesem Kabinett scharfe Opposition an. Auch von den Sozialdemokraten ist ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung eingegeben. Die Präsident Löbe mittelst, haben Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Zentrum, Bayerische Volkspartei und Wirtschaftspartei einen Antrag eingebracht, wonach der Reichstag die Erklärung der Reichsregierung billige.

Graf Westarp für die Deutschnationalen.
Abg. Graf Westarp (Dnatl.) erklärt die Bereitschaft seiner Partei, den Antrag auf Billigung der Regierungserklärung anzunehmen, um es der Regierung zu ermöglichen, die Geschäfte des Reichs zu führen. Seine Partei habe den Eintritt von Parteimitgliedern und eines Fraktionsmitgliedes in das Kabinett zugelassen. Ledigt sei ihr dieser Entschluß nicht gemacht worden.

Die neue Regierungsbildung sei für seine Partei nur ein Anfang.

Die Deutschnationalen hätten ein direktes Vertrauensvotum gewünscht im Einklang mit dem Reichskanzler und der Deutschen Volkspartei. Leider habe sich das Zentrum diesem Gedanken widersetzt. Politisch lege seine Partei entschiedenen Wert darauf, daß auch die anderen Parteien ebenso die Annahme der Billigung formal in voller Gefolgschaft aussprechen. Ob damit die Sicherheit der Regierungsverhältnisse gewährleistet sei, habe die Zukunft zu beweisen. Sie werde aber aufs schärfste gefährdet, wenn nicht auch in Preußen der Einfluß der Sozialdemokratie auf die Führung der Geschäfte aufhöre. Sächlich bedeute eine sozialdemokratische Regierungsgewalt in Preußen scharfe Hemmnisse für die von der neuen Regierung beabsichtigte soziale Arbeit im Reich. Nur der Umstand, daß die Deutsche Volkspartei in Preußen Schuler an Schuler mit den Deutschnationalen stehe, hätte es diesen überhaupt ermöglicht, am Kabinett Luther teilzunehmen. Es bestie kein Zweifel daran, daß nach Ausbedung des Korruptionssumphes eine Neuwahl für die Linke endgültig vernichtend sein würde. Die bevorstehende Reichspräsidentenwahl werde diese Voraussage bestätigen. Der Inhalt der Regierungserklärung ermögliche den Deutschnationalen die Billigung, obwohl ausgesprochen werden müsse, daß sie manche Konzession an die Linke enthält, die besser unterblieben wären. Sauberkeit und Reinheit des öffentlichen Lebens müssen wiederhergestellt werden. Zu den Aufgaben des Innenministeriums gehöre besonders die besondere Beachtung der föderalistischen Rechte der Bundesstaaten und die Befreiung und Förderung der nationalen Bewegung.

Beachtenswert sei auch das Bekenntnis zur kräftigen Grundlage unserer Kultur. Bei den finanziellen und sozialpolitischen Aufgaben sei Vorsicht am Platze, um nicht erneut die Krise einer Kreditinflation herbeizuführen. Zu den von der Regierung angeforderten Gesetzentwürfen behalte sich seine Fraktion die Stellungnahme vor. Der Redner kritisierte dann die bisherigen Handelsvertragsverhandlungen, in die man mit völliger Planlosigkeit hineingelassen sei. Das Versäumnis müsse hier nachgeholt werden. Der Redner forderte weiter, daß der innere Markt nach bismarckischem Muster durch

Schnur- und Ausgleichsliste
gestärkt werde. Die Listen des Londoner Abkommens betraute der Redner als unerfüllbar und unerträglich. Die Regierung müsse die nötigen Änderungen des Abkommens durchsetzen. Die Nichträumung der Kölner Zone sei ein Rückschritt in die Sanktionspolitik. Die deutsche Note hätte die Verletzung deutschen Rechtes noch klarer und erschöpfender dargelegen müssen. Das Handelsprovisorium mit Frankreich werde solange nicht zustande kommen können, als die Franzosen ihre Haltung bleiben.

Ein Ausnahmearbeit in den Völkern
dürfe keine Wiederholung des Schuldabkommens bringen. Der Redner erklärte sich zu gemeinsamer Arbeit mit den anderen Regierungsparteien bereit. Selbstverständlich müsse die Verfassung gesichert werden, es werde keine Änderung durch Gewalt beabsichtigt. Der Redner verlangte zum Schluß einen festen nationalen Willen, der darauf gerichtet ist, Nation und Reich von Schmach und Missetat zu befreien.

Präsident Löbe rief den Abg. Westarp nachtraglos zur Ordnung, weil er auf einen Jurist des Abg. Dittmann (Soz.), der sich auf Delfterisch bezog, in scharfem Ausdruck erwiderte. Wegen gegenseitiger Zurückhaltung zwischen dem Abg. Westarp und dem Sozialisten Rühm wurden beide nochmals zur Ordnung gerufen.

Erklärung des Zentrums.
Abg. Fehrenbach (Zentrum) verlas eine längere Erklärung seiner Fraktion, worin es hieß, das Zentrum hätte immer das Ziel verfolgt, alle zu verantwortliche politische Arbeit auf dem Boden der bestehenden Reichsverfassung zur Verfügung stehenden Kräfte zu praktischem und politischem Zusammenwirken heranzuziehen. Dazu hätte sein Eintreten für den Gedanken der Volksgemeinschaft und für die große Koalition gedient. Im Gefolge der Auflösung der Koalition durch die Deutsche Volkspartei seien aber alle Bemühungen des Reichskanzlers Marx an Widerständen gescheitert, an denen das Zentrum keinen Anteil habe. Angesichts der Gefahr einer weiteren Hinauszögerung der Krise hätte die Fraktion jedoch aus staatspolitischen Erwägungen heraus sich den operativen Entschluß abgerungen, unter

Vorbehalt aufmerksamer Prüfung der künftigen Politik und unter Ablehnung jeder fraktioneller Verbundenheit in eine Personal- und beschränkte Beteiligung an diesem Kabinett einzuwilligen. Die Fraktion trete in diese neue Regierungsperiode mit ernster Sorge für die weitere Gestaltung der Geschichte Deutschlands ein, die vermehrt werde durch die erste außenpolitische Lage, der Deutschland nun mit einer neuen, noch nicht erprobten Regierung gegenüberstehen müsse. Die Fraktion erwarte, daß der neue Reichskanzler gewillt sei, die Folgerichtigkeit des bisherigen außenpolitischen Kurses zu bejahen und einzuhalten. Er gebe der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die realpolitische Einsicht des neuen Kabinetts sich durch keine Gruppe seines Kabinetts nach einer Richtung abdrängen lassen werde, in der nicht alle Parteien ihm sachlich zu folgen vermöchten. Der Redner betonte dann die Forderung, dem Christentum als überlegener Kulturmacht den gebührenden Einfluß einzuräumen. Die Regierungserklärung selbst biete in ihrem Wortlaut keinen Anlaß zu wesentlicher Beanstandung. Trotz schwerer Bedenken sei das Zentrum gewillt, auf Grund der Erklärung des neuen Kabinetts seine Arbeit beginnen zu lassen.